

ÖVP greift Gewessler an: Millionen verschwenden? Klimafonds am Ende!

ÖVP kritisiert Gewessler und die Grünen wegen Budgetproblemen; Evaluierung der Klimaförderungen bis Sommer angekündigt.



Österreich - Inmitten wachsender Spannungen innerhalb der österreichischen Politik steht das Budgetloch im Vordergrund der Debatten. Die ÖVP hat die Grünen scharf kritisiert und wirft deren leitender Persönlichkeit, Leonore Gewessler, vor, durch eine unbedachte Vergabe von Fördergeldern zur aktuellen Finanzmisere beigetragen zu haben. Gewessler, die ehemalige Umweltministerin, wehrt sich und macht stattdessen den ÖVP-Finanzminister für die missliche Lage verantwortlich und betont, dass die Grünen nicht für die finanziellen Probleme zur Rechenschaft gezogen werden können. Laut **oe24** wurden Mittel, die für mehrere Jahre eingeplant waren, in nur zwei Jahren nahezu komplett ausgegeben. Ein prominent genanntes Beispiel ist die Klimaförderung „Raus aus Öl und Gas“, die fast

vier Milliarden Euro bis 2027 umfassen sollte, jedoch bereits im Jahr 2024 vollständig ausgeschöpft ist.

Die Situation verschärft sich durch die Argumentation der ÖVP, dass zentrale Förderprogramme wie der Biodiversitätsfonds und die internationale Klimafinanzierung nahezu leer seien. Lediglich beim Fördertopf „Sauber heizen für alle“ sind mehr als eine Milliarde Euro ungenutzt. Gewessler erhob in ihrer Verteidigung zugleich die Stimme gegen die neue Regierung, die ihrer Meinung nach einen Sündenbock für die eigene Finanzpolitik suche.

Ziele und Evaluierungen der Klimaförderung

Um auf die Herausforderungen zu reagieren, kündigte Umweltminister Norbert Totschnig eine umfassende Evaluierung der Energie- und Klimaförderungen bis zum Sommer an. Das Ziel dieser Evaluierung ist eine Neuausrichtung der Förderungen zur Steigerung der Effizienz und Wirkung. Hintergrund ist die Budgetmisere, die eine schnellere Effizienzsteigerung erfordert. Im vergangenen Jahr hatte der Klima- und Energiefonds ein Volumen von 660 Millionen Euro, und jährlich fließen rund eine Milliarde Euro in die Förderungen gemäß dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG), wie **Die Presse** berichtet.

Der Evaluierungsprozess steht jedoch unter kritischer Beobachtung. Sowohl die FPÖ als auch die Grünen äußern Bedenken, dass die Evaluierung möglicherweise als Vorwand für Kürzungen bei den Klimaförderungen genutzt werden könnte. Totschnig betonte, dass es ein unabhängiges Institut geben wird, welches die Förderlandschaft umfassend analysiert. Dabei werden vier Kernfragen behandelt, die darauf abzielen, wie die Förderungen zur Erreichung der EU-Klimaziele und zur Reduzierung der CO₂-Emissionen beitragen können.

Langfristige Klimaziele und Nachhaltigkeit

Im Kontext dieser Debatten und Reformen spielt das Umweltbundesamt eine entscheidende Rolle. Es ist eine führende Einrichtung in Österreich und Europa für Umwelt und Klima und unterstützt die Transformation hin zu einer nachhaltigen Zukunft. Die Empfehlungen der Europäischen Umweltschutzagenturen basieren auf dem 8. Umweltaktionsprogramm, dessen Ziel es ist, dass EU-Bürger bis 2050 im Einklang mit den planetaren Grenzen leben können. Zu den wesentlichen Themen gehören die Förderung öffentlicher und privater Investitionen in nachhaltige Innovationen sowie der Klimaschutz mit ambitionierten Zielen bis 2040, wie **umweltbundesamt.at** erläutert.

Die aktuellen Debatten über die Klimaförderung zeigen damit auch die weitreichenden Herausforderungen auf, die Österreich auf dem Weg zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Zukunft bewältigen muss. In Anbetracht der unterschiedlichen politischen Ansichten ist es entscheidend, eine Balance zwischen Effizienz, finanzieller Tragfähigkeit und ambitionierten Umweltzielen zu finden.

Details	
Vorfall	Budgetloch
Ort	Österreich
Quellen	• www.oe24.at • www.diepresse.com • www.umweltbundesamt.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at